

Ausgabe 2 - 6. September 2022

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Plenarwoche stand die Regierungserklärung von Ministerpräsident Hendrik Wüst auf der Tagesordnung. In den Wochen zuvor hatte er lediglich seine Erwartungshaltung zum Ausdruck gebracht, dass die Bundesregierung für die Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger zuständig sei, währen andere Bundesländer bereits eigene Maßnahmen ergriffen hatten. Entsprechend hoch waren am vergangenen Mittwoch unsere Erwartungen. Doch statt eines eigenen Gestaltungsanspruch lieferte seine Erklärung nur ernüchternde Lippenbekenntnisse.

Berlin hat längst geliefert! Am Wochenende ist bereits ein drittes Unterstützungspaket mit einer Summe von 65 Milliarden Euro verabschiedet worden. In Nordrhein-Westfalen hingegen gibt es keine Initiative der schwarz-grünen Landesregierung. Wie wir die Menschen in dieser bedrohlichen Krisensituation unterstützen wollen, haben wir in einem Antrag zusammengefasst, den wir am letzten Mittwoch im Landtag eingebracht haben. Die Landesregierung hat sehr wohl Möglichkeiten, um den Menschen hier in NRW zu helfen. Ein Blick in das Nachbarland Niedersachsen zeigt, dass es einen Unterschied ausmacht, wer an der Regierungsspitze ist.

Auch zwei weitere unserer Anträge zielen darauf ab, soziale Härten bestmöglich aufzufangen: So wollen wir einen Mietpreis-Stopp bis 2025 und ein preisgünstiges Ticket für Bus und Bahn für alle. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich im Bundesrat für die Einführung einer Übergewinnsteuer stark zu machen. Mehr zu diesem und unseren weiteren Anträgen erfahrt Ihr in unserem Newsletter.

Chiotin Sidod 5.40

Christin Siebel und Sebastian Watermeier

- News aus dem Düsseldorfer Landtag -

Den Menschen in NRW mehr Sicherheit geben

Lebensmittel, Kraftstoffe, Energie – die Preisanstiege sind derzeit schwindelerregend. Geringverdienende, Alleinerziehende, ältere Menschen mit einer kleinen Rente und auch Studierende leben am Rande des Existenzminimums, wenn nicht gar darunter. Um den Menschen die Unterstützung zu gewähren, die sie benötigen, fordern wir in unserem Antrag unter anderem Energiegutscheine zur Begleichung von Strom- und Gasrechnungen sowie die Entlastung von Familien durch die Abschaffung der Kita- und OGS -Gebühren.

Mehr Input gibt es hier: Drucksachennummer 18/626

Solidarität ist keine Einbahnstraße

Die steigenden Energiekosten sind für viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Unternehmen eine ernsthafte finanzielle Belastung. Auf der anderen Seite ziehen einige Unternehmen hohe Gewinne aus dieser Krisensituation. Gesellschaftliche Verluste auf der einen und privatisierte Gewinne auf der anderen Seite – das ist nicht gerecht. Wir fordern die schwarz-grüne Landesregierung daher dazu auf, im Bundesrat eine Initiative zur Einführung einer Übergewinnsteuer einzubringen.



Mehr Input gibt es hier: Drucksachennummer 18/625

Weil Wohnen bezahlbar bleiben muss

Der Deutsche Mieterbund geht davon aus, dass mindestens ein Drittel aller Haushalte die steigenden Energiekosten vor große Probleme stellen wird. Wohnungen drohen im Winter kalt zu bleiben, weil Menschen sich die Nebenkosten nicht mehr leisten können. Wir brauchen jetzt einen Pakt zum Mietpreis-Stopp und einen erweiterten Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter!

In den letzten fünf Jahren hat Schwarz-Gelb den Wohnungsmarkt bereits vernachlässigt und mit Schwarz-Grün sieht es auch nicht nach Aufbruch aus. Ministerin Scharrenbach ist schlichtweg auf dem sozialen Auge blind! Im Antrag haben wir unsere Vorstellungen zusammengefasst, wie wir jetzt Sicherheit für die Mieterinnen und Mieter schaffen können.



Mehr Input gibt es hier: Drucksachennummer 18/630 und Plenarrede von Sebastian Watermeier

Kinder, Jugendliche und ihre Familien stärken

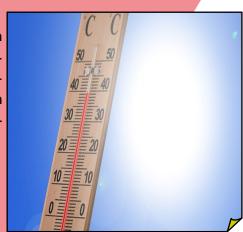
Homeschooling, Lockdown, Ausgangssperre – diese Corona-Bedingungen haben auch bei Kindern und Jugendlichen Spuren hinterlassen. Fast jedes dritte Kind leidet einer Studie zufolge unter psychischen Auffälligkeiten. Daher fordern wir die Landesregierung auf, die Schulsozialarbeit auszubauen und finanziell abzusichern, umfassende Präventions- und Heilungsstrategien zu entwickeln.

Mehr Input gibt es hier: <u>Drucksachennummer 18/628</u>

Investitionen in den Hitzeschutz

Der Klimawandel ist Realität. Hitzewellen in den Sommermonaten werden länger und stärker. Die Gesundheitsrisiken sind insbesondere für Menschen ab 65 Jahren oder Erkrankte weitreichend. Wir fordern daher einen Hitzeschutzplan zur aktiven Bekämpfung von Sterblichkeit und Erkrankung durch extreme Hitze in allen altersund gesundheitsbezogenen Einrichtungen NRWs.





Für kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen

Wer betroffen ist, kennt den Stress: keine Binde oder kein Tampon in der Tasche, wenn man dies gerade am nötigsten bräuchte. Damit soll nun Schluss sein. Wir fordern daher die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln in allen öffentlichen Gebäuden unseres Bundeslands. Weil Tampons und Binden so selbstverständlich sind wie Toilettenpapier.

Mehr Input gibt es hier: Drucksachennummer 18/629

Neue Zuständigkeiten der SPD-Landtagsfraktion

Mit Arbeitsaufnahme der Landesregierung und der neu zugeschnittenen Ministerien, haben sich die Zuständigkeiten bei der SPD-Landtagsfraktion in einigen Bereichen verändert. Sebastian Watermeier wurde zum Sprecher für den Bereich Bauen, Wohnen und Digitalisierung gewählt. Seine Kollegin Christin Siebel ist nun stellvertretende Sprecherin für die Bereiche Familie, Kinder und Jugend und für Wissenschaft.

In folgenden Ausschüssen arbeiten Sebastian Watermeier und Christin Siebel:

Sebastian Watermeier => Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung sowie Innenausschuss

Christin Siebel => Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie Wissenschaftsausschuss.

- News aus den Wahlkreisen -

Austausch zum Sicherheitsempfinden am GE-Hbf



In den Sommerferien standen viele Rundgänge mit der SPD-Ratsfraktion und den örtlichen SPD-Bezirksfraktionen auf der Tagesordnung. Zunächst konnten die Beteiligten im Bezirk Mitte unter anderem sich einen Eindruck über den Bauzustand an der Kita Rheinischen Straße und dem bisher weitestgehend erfolgten Abriss des Zentralbades verschaffen. Es ist richtig und wichtig, dass die SPD-Ratsfraktion sich unabhängig zur Frage der finalen Vergabe der Polizeihochschule auf den Weg gemacht hat, die Planungen für ein neues Zentralbad zu beschleunigen. Die Menschen, aber vor allem die Schulkinder, brauchen ein zentrales Bad im Süden der Stadt.

Im Bezirk Süd befassten sich die Teilnehmenden mit der Frage, wie das Sicherheitsempfinden am Gelsenkirchen Hbf weiter verbessert werden kann. Mit Herrn Hutmacher (Abteilungsleiter Allgemeine öffentliche Sicherheit und Ordnung) und Frau Kurnaz (Teamleitung Kommunaler Ordnungsdienst) hat man sich ausgiebig über das Sicherheitsempfinden austauschen können. Für alle Beteiligten steht fest, dass die subjektive Sicherheitslage auch durch ein freundlicheres Umfeld weiter verbessert werden kann. Hierzu hat die Verwaltung die Ideen der SPD-Akteure, dazu gehört beispielsweise Graffiti-Kunst an den Wänden sowie die Optimierung zur Nutzung der Toilettenanlage im Bahnhof, aufgenommen und wird eine mögliche Umsetzung intern prüfen lassen.

Förderung von Sprach-Kitas muss verlängert werden – 12 Kitas in Gelsenkirchen betroffen

Zum Ende des Jahres soll die Förderung von Sprach-Kitas in NRW wegfallen. Überraschend lässt das grüngeführte Bundesfamilienministerium die Finanzierung auslaufen. Allein in Gelsenkirchen betrifft das zwölf Kitas. Während Bundesministerin Lisa Paus (Grüne) auf die Verantwortung der Länder verweist, sendet ihre grüne NRW-Kollegin, Familienministerin Josefine Paul, keine Signale für eine Weiterführung durch das Land. Das kritisieren die SPD-Landtagsabgeordneten Christin Siebel und Sebastian Watermeier und stellen die hohe Bedeutung von Sprach-Kitas für die Entwicklung von Kinder und die Integration heraus.

Das Bundesprogramm richtet sich vorwiegend an Kitas, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit Sprachförderbedarf besucht werden. Insbesondere im Ruhrgebiet trifft das auf viele Kitas zu: "Die Sprach-Kitas sind ein wichtiger Baustein für gelingendes Aufwachsen und Chancengleichheit. Dem drohenden Wegfall müssen wir entschieden Contra geben. Für uns ist es unverantwortlich, dass sich die grüne Bundesministerin und die grüne Landesministerin gegenseitig die Verantwortung zuschieben, statt eine gemeinsame Lösung vorzuschlagen", erklärt Christin Siebel, Mitglied im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend.

Das Projekt der Sprach-Kitas läuft nun nach elf Jahren aus. Insgesamt sind in NRW 1.481 Kitas und 85 Personen in Fachberatungsstellen sowie 1.480 Fachkräfte in Kitas betroffen. Damit fallen für viele Kinder und ihre Familien wichtige Bausteine zum Abbau von Ungleichheiten weg. Die Betroffenen brauchen nun eine Lösung, damit wichtige Erkenntnisse und Fortschritte nicht wieder zunichtegemacht werden. "Ich erwarte von Ministerin Paul, dass sie sich für die Fortsetzung des Programms einsetzt. Das Land muss eine Anschlusslösung ermöglichen, damit nicht mitten im Winter die Fachkräfte fehlen", fordert Sebastian Watermeier.

Die SPD-Fraktion hat das Thema per Kleiner Anfrage in den Landtag getragen. Doch die Antwort ist wenig vielversprechend. "Es ist schon bitter, wenn das Ministerium in NRW, das sowohl die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien wie auch Integration vertreten soll, keine Antwort auf diese drängende Frage hat", sagt Sebastian Watermeier. Offensichtlich reiche der grüne Draht nicht bis ins grüne Bundesministerium. "Es genügt nicht,
wenn Josefine Paul mit ihrer grünen Kollegin Beamten-Mikado spielt, nach dem Motto: Wer sich zuerst bewegt hat
verloren. Ohne Bewegung werden nämlich die Kinder, Familien und die Beschäftigten die Verlierer sein."

Eröffnung vom Jugendzentrum "La Palma" in Ückendorf

Zusammen mit der evangelischen Jugend Gelsenkirchen-Wattenscheid, der katholischen Jugendsozialarbeit und dem Bauverein Falkenjugend e.V. konnte letzte Woche der Kinder- und Jugendtreff "La Palma" feierlich eröffnet werden. Das Projekt "Gemeinsam in Ückendorf" ist bereits im letzten Jahr gestartet, um zusätzliche Angebote für Kinder und Jugendliche zu realisieren - insbesondere mit der Zielgruppe junger Menschen mit Zuwanderungserfahrung aus Süd-Ost-Europa. Nun konnten auch die neuen Räumlichkeiten an der Ückendorfer Straße 121 bezogen und so den Kindern und Jugendlich feierlich "übergeben" werden.



Neben dem Sebastian Watermeier, MdL für Gelsenkirchen-Süd / Mitte und Ost, waren auch Christin Siebel, MdL für Gelsenkirchen-Nord/West und Gladbeck, Markus Töns, MdB, und Anne Heselhaus, Stadträtin für Kultur, Bildung, Jugend, Sport und Integration vor Ort. Am Pestalozzihain wurde die Eröffnung mit einem Nachbarschaftsfest gefeiert. Unter anderem waren die Polizei Gelsenkirchen, die Caritas Gelsenkirchen sowie weitere Verbände angereist, um über ihre Aktivitäten zu informieren oder die Menschen mit leckeren Köstlichkeiten zu versorgen. Für die Kinder und Jugendlichen gabs auch noch actionreiche Unterhaltung, dank einer aufblasbaren Soccer-Anlage.

Dem Treff "La Palma" wünschten die Abgeordneten für die Zukunft alles Gute und viele Begegnungen zwischen Kindern und Jugendlichen aus dem Stadtteil.



SPD-Abgeordnetenbüros Watermeier und Siebel * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf * christin.siebel@landtag.nrw.de * sebastian.watermeier@landtag.nrw.de Wahlkreisbüro Buer * Goldbergstraße 64 * 0209 31 11 6
Wahlkreisbüro Gelsenkirchen * Gabelsbergerstraße 1 5 * 0209 14 57 58
SPD-Stattungsburo Gelsenkirchen * Gabelsbergerstraße 1 5 * 0209 14 57 58